



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Wie kommen wir vorwärts?

Das Leben des Arbeiters ist im allgemeinen von seinem Anfang bis zum Ende ein Leben voll Enttäuschungen und nicht erfüllten Hoffnungen. Wenn auch nicht völlig freudlos — welcher Mensch könnte das aushalten — bewegt es sich doch in seinem Verlauf überwiegend auf der Linie der Entfagung, nur selten darüber aufsteigend. Kaum den Kinderjahren entwachsen, die ihm oft genug Freuden, desto mehr Entbehrungen bieten, tritt der junge Arbeiter bereits zu einer Zeit in den Kampf um seine Existenz ein, wo die Kinder der wirtschaftlich besser Gestellten noch die liebende Fürsorge der Eltern genießen, die der proletarischen Jugend in der Regel nur in so knappem Umfange zuteil wird. Wohl dem jungen Arbeiter, der noch in diesem Alter Eltern besitzt, die ihm in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit einen Rückhalt zu bieten imstande sind! Weist ist das nicht der Fall, denn die Existenzgrundlage der Arbeiterfamilie erweist sich hierzu fast immer zu schmal. Dieser Umstand verschuldet, daß die kaum der Schule entwachsenen Kinder der Arbeiter schon zu einer Zeit in das Erwerbsleben hineingetrieben werden, ehe noch ihre geistige und körperliche Entwicklung sie zum selbständigen Erwerb geeignet macht. Aber der Arbeiterhaushalt duldet keine überflüssigen Kostgänger! Was zu seinem Unterhalt beitragen kann, muß arbeiten! So wird das Leben der Arbeiterkinder, die dauernde Sorge um die Existenz, geringer, kaum zu ihrer Fristung ausreichender Verdienst, Entbehrung und Not auch das Los der Arbeiterkinder. In diesem Kreislauf bewegt sich das Leben einer Arbeitergeneration nach der anderen, ohne daß sich anscheinend eine Veränderung bemerkbar macht, die Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufstieges der Arbeiterklasse erkennbar werden.

So scheint es wenigstens demjenigen, der nur die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiter betrachtet und keine Vergleiche mit den zurückliegenden anstellt. In dieser falschen Beurteilungsweise sind leider noch zahlreiche Arbeiter befangen, wie die Tatsache zeigt, daß ein so großer Teil von ihnen den gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse fernsteht. Alle Aufstellungen und Aufklärungsversuche der Gewerkschaften, diese Arbeiter von der Notwendigkeit einer Mitarbeit zur Herbeiführung besserer Verhältnisse zu überzeugen, bleiben fruchtlos, weil sie von ihrem beschränkten Gesichtswinkel aus einen Erfolg für aussichtslos, die für diese Bestrebungen aufgewendeten Mühen und Opfer für vergeblich halten. Dabei erkennen diese Arbeiter nicht, daß nur sie allein die Schuld daran tragen, wenn die gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft nicht die Ergebnisse aufweisen, die unter dem Zusammenwirken aller Arbeiter auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiete erreicht werden könnten, ebensowenig wie sie begreifen, daß ihre gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage sich ungeheuer verschlechtern müßte, wenn die organisierten Arbeiter ihre politische und gewerkschaftliche Tätigkeit einstellen würden. Diese Tätigkeit aufzugeben, kann der organisierten Arbeiterschaft selbstverständlich nicht entfallen, wozu doch damit auch für sie ein Zurückfallen in die alte Abhängigkeit, Versklavung, Rechtslosigkeit und Verelendung verbunden, aus der sie sich durch jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit emporgearbeitet haben.

Daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die herrschende Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit, die Millionen von Arbeitern erfaßt hat und zu einem elenden Dasein verurteilt, die Massen der Arbeiter in eine pessimistische Stimmung versetzt, durch ihre lange Dauer die Hoffnungen auf den Eintritt einer Besserung wieder brüht, ist begreiflich. Aber nur Dummheit und Dummheit kann annehmen, daß man diesen Verhältnissen gegenüber die Hände in den Schoß legen und abwarten darf, bis sich die Dinge von selbst wenden. Das geschieht nicht und ist noch niemals geschehen! Es liegt im Wesen der geschichtlichen Ent-

wicklung, daß eine Klasse, die sich selbst aufgibt, darauf verzichtet, die Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, degeneriert und schließlich dem Untergang verfällt. Dieses Schicksal droht auch der Arbeiterklasse, denn die Tendenz dazu ist in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorhanden. Und in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs, wie gegenwärtig, ist diese dem Kapitalismus eigene Tendenz besonders stark, wie die immer von neuem unternommenen Versuche der Unternehmer, den Lohn der Arbeiter abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern, ihre Rechte zu beschneiden, deutlich genug zu sehen. Nur die politische und wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterschaft verhindert es, daß die Unternehmer ihre Absichten in dem gewollten Umfang erreichen und so die Arbeiter vor einer weiteren Herabdrückung ihrer Lage sowie der daraus folgenden Verelendung bewahrt bleiben. Diese Tatsachen müssen sich bei nur einigermaßen offenem Blick auch den unorganisierten Arbeitern aufdrängen, selbst wenn ihnen die Lage der Arbeiter vor dem Entstehen der Gewerkschaftsbewegung unbekannt wäre.

Was war denn die Ursache für die Gründung von Gewerkschaften? Die ungeheure Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus, der die Arbeiter während seiner Entwicklung in steigendem Maße unterworfen waren! Und der Weg, den die Arbeiter durch ihren Zusammenschluß in Gewerkschaften wählten, um diese Ausbeutung zu beenden, hat sich als der richtige erwiesen. Die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus dauert zwar noch fort, hat aber doch ganz wesentlich mildere Formen angenommen. Vermöge der an Stärke zunehmenden gewerkschaftlichen Organisationen, ihres wachsenden politischen Einflusses haben die früher völlig rechtlosen, versklavten Arbeiter wesentliche politische und wirtschaftliche Vorteile, ihre rechtliche Gleichstellung mit den Unternehmern, den gesetzlichen Arbeiterschutz, Schutz gegen Krankheit, Invalidität, Unfall und Arbeitslosigkeit, den Achtstundentag, Sicherung ihres Lohnes sowie gegen politische und wirtschaftliche Willkür des Unternehmertums erobert. Das mag denjenigen, die an den Kämpfen der Arbeiter um diese Errungenschaften nicht teilgenommen haben, als gering erscheinen. Diese Errungenschaften sind ihnen gleichsam von selbst in den Schoß gefallen. Allen diesen Arbeitern fehlt daher der Maßstab, die Schwierigkeiten zu erkennen, mit denen die organisierte Arbeiterschaft zu kämpfen hatte, bis sie in die jetzige Position gelangte.

Daß auch diese Position noch nicht befriedigend kann, bedarf keiner besonderen Befräftigung. Die organisierte Arbeiterschaft will mehr: die völlige Befreiung der Arbeiterklasse aus der noch bestehenden Lohnnechtschaft! Aber dieses Ziel ist ohne neue schwere Kämpfe nicht zu erreichen. Von selbst kommt nichts, und kein wesentlicher wirtschaftlicher oder kultureller Fortschritt tritt von heute auf morgen ein! Wie alle früheren Gesellschaften setzt sich auch die gegenwärtig bestehende Gesellschaft aus Klassen zusammen, die sich wirtschaftlich und politisch auf das heftigste bekämpfen und von denen jede sucht, die Herrschaft über die andere zu gewinnen. Dabei unterliegt die Arbeiterklasse dem Schicksal, daß sich alle anderen Klassen gegen sie wenden. Aus diesem Grunde bedarf es für sie ganz besonderer Anstrengungen, um sich in diesem Kampfe zu behaupten, in ihrem Aufstieg nicht zurückgehalten zu werden. Das haben wir Hilfsarbeiter uns besonders zu merken. Alle Kräfte der Unternehmer im graphischen Gewerbe sind am Wert, uns zurückzudrängen. Sie wollen die Erfolge unserer Kämpfe zähnen und ausdauernden Arbeit zunichte machen, wozu ihnen eine Wirtschaftskrise, von der sie wenig berührt werden, gerade günstig kommt. Die Kraft zur Abwehr erlangen die Arbeiter nur durch die Zusammenfassung aller ihrer Klassengenossen in die gewerkschaftliche Organisation. Nur der gemeinsame, plan- und zielbewußt geführte wirtschaftliche Kampf setzt sie in den Stand, die früheren Errungenschaften zu erhalten und neue hinzuzufügen. Nur auf diesem Wege können die Arbeiter vorwärts kommen, auf der sozialen und wirtschaftlichen Stufenleiter aufwärts steigen!

Von der Gauleitertagung.

II.

Nach der gründlichen Aussprache über die Situation im Buchdruckgewerbe, befaßte sich die Gauleitertagung mit der tariflichen und wirtschaftlichen Lage im Steindruckgewerbe. Die Gauleiter berichteten aus ihren Bezirken über den Beschäftigungsgrad, das Organisationsverhältnis und über einzelne Bewegungen, die mit den Steindruckunternehmern ständig geführt werden müssen. Die Unternehmer sind um die Jahreswende alle aktiv geworden, sie handeln einheitlich und haben in den Orten und Bezirken, da die Tarife absterben, getündigt und Anträge auf einen 10 bis 20-prozentigen Lohnabbau gestellt. An einigen Orten ist es darauf zu Zusammenstößen gekommen, die für die Unternehmer nicht erfolgreich verliefen. Da die Betriebe nicht überall gleich gut oder schlecht beschäftigt sind, müßte das Vorgehen unserer Mitglieder taktisch gut erwogen werden. Von den Mitgliedschaften sind Lohnforderungen erhoben worden, die sehr energisch vertreten werden. In manchen Orten ist es auf dem Verhandlungswege zu Vereinbarungen gekommen, die einen profforsicheren Charakter tragen. Weist wurden die Tarife um einige Wochen, bis Ende Januar oder Februar, verlängert, die Zeit bis dahin wird ausgenützt werden, Vorbereitungen sind getroffen, so daß die Unternehmer ihre Absichten nicht erreichen, woran sie ernstlich auch wohl kaum denken. Sie versuchen eben, wie andere auch, einen Lohnrückbau auszuüben und werden Erfolg haben, wenn sie die Kollegen und Kolleginnen unvorbereitet finden. Wer jetzt zu träge oder dumm ist, sich um seine wirtschaftliche Lage zu kümmern, ist Bundesgenosse der Unternehmer.

Die Geschäftslage im Steindruckgewerbe ist ganz ver-schieden. Während aus diesem Bezirk über lebhaften Geschäftsgang berichtet wird, der sogar Ueberstunden verlangte, wird aus einem anderen über Entlassungen getlagt. Aber nirgendwo liegt ein Anlaß zur Trauer vor, wenn auch die Unternehmer so tun, als ob sie übermorgen den Betrieb schließen müßten. Die Begründungen der Steindruckereibehrer für Kürzung der Hilfsarbeiterlöhne muten manchmal drohlich an. Ein Unternehmervertreter wollte unserem Gauleiter ernsthaft glauben machen, daß die hohen Löhne des Hilfspersonal schuld daran sind, daß das Gewerbe mit dem Zustand nicht mehr konkurrieren kann. Ein anderer behauptet, daß nur die hohen Löhne der Hilfsarbeiter die Unternehmer zwingen, die Betriebe zu schließen. Daß natürlich nur die Gewerkschaftsvertreter nach Ansicht der Unternehmer auf Erhöhung der Löhne dringen, die Mitglieder davon nichts wissen wollen, ja sogar mit einer Lohnkürzung einverstanden sind, hat man in Berlin „festgestellt“. Dieses Resultat will man durch eine Abstimmung des Hilfspersonals in den Betrieben gewonnen haben.

Die Konferenz konnte nach der Aussprache feststellen, daß nirgendwo bis jetzt Lohnkürzungen erfolgt sind, niemals würden sich die Mitglieder und ihre Vertreter damit einverstanden erklären. Selbst wenn Schlichtungsstellen gegen uns entscheiden, sollen Maßnahmen getroffen werden, die einen Lohnabbau unmöglich machen.

Der Verbandsvorsitzende der Lithographen und Steindruckersicherte für die kommenden Kämpfe die volle Unterstützung der Steindruckergesellen zu.

Bei der Aussprache über die Zustände im Schriftgießergewerbe kam auf der Gauleitertagung zum Ausdruck, daß die Schriftgießereibehrer trotz des langen Streiks nicht einsichtiger geworden sind. Auch sie tragen sich mit Abbaugesüften, eine Krankheit, die das ganze Unternehmertum angefaßt hat. Sie sind nicht nur bestrebt, das Lohnniveau zu senken, sie wollen noch andere tarifliche Bestimmungen verschlechtern und waren wohl bereit, den Tarif in seiner alten Fassung bis 31. März zu verlängern, aber nicht für alle Arbeitergruppen. Alle Verhandlungen mit dieser Unternehmergruppe sind gescheitert, auch vor dem Reichsarbeitsministerium konnte keine Einigung erzielt werden. Nach dem Streit versuchen es die Schriftgießereibehrer mit sogenannten nationalen Arbeitern, sie gründen Wertsgemeinschaften, aber diese Leute lassen sich ebenfalls nicht auf die Dauer ausbeuten und sind in einer Ghettostadt an unseren Gauleiter mit dem Ersuchen heranzutreten, sie in den Verband aufzunehmen und eine Lohnbewegung einzuleiten. Aus manchen Arbeitern machen die Unternehmer Angestellte, d. h. diese Arbeiter bekommen nun statt Wochenlohn Monatsgehalt und müssen auf eine längere Kündigungsfrist eingehen. Der Zweck ist leicht erkennbar, bei Arbeits einstellen will man die tüch-

stigten Arbeiter und Arbeiterinnen länger im Betriebe halten. Die Unternehmer werden sich wahrscheinlich wieder verrechnen, denn diese Mitglieder denken nicht etwa daran, aus dem Verbandsauszutreten, um ganz in die Gewalt der Unternehmer zu kommen. In einem Ort ist es sogar zu Unstimmigkeiten gekommen, da einige Kollegen annehmen, daß Angestellte nicht Verbandsmitglieder bleiben können. Diese Auffassung ist falsch, maßgebend für die Mitgliedschaft ist nicht die Entlohnungsart und der Verdienst, sondern einzig und allein die Beschäftigung. Das haben Vorstand und Konferenz ausdrücklich einstimmig anerkannt.

Der zweite Tag der Gauleiterkonferenz war mit „Verbandsangelegenheiten“ ausgefüllt. Hierzu hatte hauptsächlich der Verbandsstatistiker das Wort, der sich über Zahlungsform, Abrechnungsart und Kasseneinweisung eingehend äußerte. Die Aussprache darüber währte stundenlang. So langweilig eine derartige Auseinandersetzung für den Nichtbeteiligten sein kann, so wichtig ist sie für eine einwandfreie und richtige Kassengebarung. Sehr bedauert wurde vom Verbandsvorstand, daß die eingenommenen Gelder zu lange in den Kassen der Zahlstellen ungenutzt liegen bleiben. Eine schnellere Abführung der manchmal recht hohen Beträge liegt im Interesse des Verbandes und der Wirtschaft, damit die Gelder möglichst bald nutzbringend bei unserer Bank angelegt werden können. Ein entsprechender Beschluß wurde angenommen, nach dem die Zahlstellentaxier mindestens alle 14 Tage die eingenommenen Mitgliedsbeiträge an die zuständige Gauleitung abführen müssen. Eine Kommentierung des Verbandsstatistikers hauptsächlich über Kassangelegenheiten wurde vom Kassierer verlangt, dem soll entsprochen werden. Ein alter Beschluß wurde in Erinnerung gebracht, daß Gesuche um Sonderunterstützung nie dem Verbandsvorstande direkt einzureichen sind, sondern immer erst der Gauleitung zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Ausschüß auf Erfolg haben solche Gesuche nur, wenn der Antragsteller keine statutarische Unterstützung mehr begehrt, arbeitslos oder krank ist und seine Verpflichtungen dem Verbands gegenüber stets erfüllt hat.

Weiter wurde auf der Konferenz über die Jugendbewegung im Verbands gesprochen. Jedes Mitglied, das in der Jugendbewegung tätig ist, soll die neue Zeitschrift des DGB, „Der Jugendführer“ kostenlos vom Verbands erhalten. Die Gauleiter werden an den Verbandsvorstand entsprechend berichten. Eine Kommission zur Tarifberatung und -verhandlung wurde neu gewählt, sie sieht sich aus Vertretern der Gauorte Berlin, Leipzig, Hamburg, München, Frankfurt a. M., Dresden und Köln zusammen. Noch verschiedene andere Angelegenheiten fanden auf dem 2. Konferenztag ihre Erledigung, die hier anzuführen nicht angebracht oder auch überflüssig ist. Eine mündliche Berichtserstattung wird in den meisten Zahlstellen erfolgen, ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes über die Konferenz ist allen Zahlstellenteilnehmern zugegangen.

Die Gauleiterkonferenz hat gute Vorarbeit geleistet für die kommenden Wochen, die uns wahrscheinlich harte Kämpfe bringen werden. Die Mitglieder wissen, um was es geht, sie werden sich bereitzuhalten haben.

Das Preisabbaugesetz.

Das Preisabbaugesetz der Regierung Luther vom 8. August 1925 hat nur wenig Erfolg gehabt. Allerdings trat der Preisabbaugesetz vorgesehene Stillstand der Lohnbewegung pünktlich ein. Die Preise stiegen aber lustig weiter; insbesondere ist eine Erhöhung der Kleinhandelspreise nicht eingetreten. Die ökonomischen Ursachen dafür sind bekannt. Sie gehen auf unsere Steuer- und Zollgesetzgebung zurück. Im übrigen fehlte den Organen der Regierung usw., die mit der Aktion der Preisentwurf betraut waren, die gesetzliche Handhabe, um gegen den Wucher, besonders im Kleinderkehr, vorzugehen. Das nun von der Regierung veröffentlichte Preisabbaugesetz will diese Handhabe schaffen.

Das Gesetz enthält vier Artikel: Artikel I: Vergleich zur Abwendung des Konkurses, Artikel II: Maßnahmen gegen Ringbildung, Artikel III: Abänderung der Kartell-

verordnung, Artikel IV: Abänderung der Gewerbeordnung. Der Gegenstand, der den Vergleich zur Abwendung des Konkurses vorstellt, ist bereits vorher veröffentlicht worden. Das Gesetz will die aus der Kriegszeit stammende Geschäftsaufsicht beseitigen. Die Geschäftsaufsicht hat sich ohne Zweifel als Hemmung in der Bereinigung unserer Wirtschaft erwiesen. Sie ermöglichte das Festhalten von Warenlagern und damit die Durchziehung überhöhter Preise. Das Gesetz sieht vor, daß an Stelle der Geschäftsaufsicht der Zwangsvergleich tritt. Damit kann die Frage, ob ein zahlungsunfähiges Unternehmen in Konkurs geht oder nicht, in kürzester Zeit entschieden werden. Die Neuregelung ist geeignet, die zu reichliche Lagerhaltung bei uns zu liquidieren. Ohne Zweifel liegt in ihr preisentkende Tendenz.

Artikel II (Maßnahmen gegen Ringbildung) will die Preisverabredung bei Ausschreibungen und Vergebung von Lieferungen (Submissionen) verhindern. Heute ist es bei den Ausschreibungen so, daß die Interessenten sich zusammentreffen und gemillertmaßen nur ein Preisangebot abgeben, das natürlich immer stark überhöht ist. Das Gesetz verpflichtet nun die Lieferanten, in ihrem Angebot mitzuteilen, ob eine Preisverabredung vorliegt. Geschäftliche Angebote im Angebot nicht, und wird der Auftrag erteilt, so kann der Erleiher des Auftrages vom Geschäft zurücktreten und eine Herabsetzung des vereinbarten Preises, gewöhnlich um 15 Proz. verlangen. Im übrigen steht dem Ausschreibenden das Recht zu, weitere Forderungen geltend zu machen. Jedoch ist zu beobachten, daß der Ausschreibende innerhalb eines Monats von dem Vertrag zurücktreten muß, nachdem er von der Vereitelung des Lieferanten Kenntnis genommen hat. Wer in seinem Angebot eine Erklärung wissenschaftlich unrichtig abgibt, soll mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Derselbe Strafe ist vorgesehen, wenn ein Lieferant den anderen von der Mißvererbung bei einer Ausschreibung abhält oder ihn veranlaßt, ein für den Ausschreibenden ungünstigeres Angebot, ein sogenanntes Schußangebot, abzugeben. Gefängnisstrafe muß eintreten, wenn ein Lieferant dem anderen für die Nichtabgabe eines Angebotes oder für die Abgabe eines Schußangebotes eine Vergütung gewährt.

Artikel III (Abänderung der Kartellverordnung) stellt Zwangshandels- und Zwangsinnungen unter die Bestimmungen der Kartellverordnung. Die Bestimmungen der Kartellverordnung vom 2. November 1923 hatten für die Zwangshandels- und Zwangsinnungen keine Gültigkeit. Die Regierung hatte ihnen gegenüber wohl das Recht der Oberaufsicht. Sie konnte aber einen einmal genehmigten Beschluß nicht umstoßen, wenn er auch im Gegensatz zu den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen stand. Das trifft besonders auf das Kaffinhandels- und die verchiedenen Kohlenhandels- und z. B. festete der Regierung jede Handhabe, um gegen die im Sommer 1925 verhängten Lieferperrnen im Kohlenhandel vorzugehen, die deshalb verhängt wurden, weil einzelne Händler den vereinbarten Händlerpreis nicht eingehalten hatten. Weiter bietet das neue Gesetz eine Rechtsgrundlage, um gegen eine Ueberpannung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Zwangshandels- und Zwangsinnungen vorzugehen.

Besondere Bedeutung kommt Artikel IV (Abänderung der Gewerbeordnung) zu. Wichtig ist vor allem die geplante neue Fassung des § 73 der Gewerbeordnung. Bisher konnten die Bäcker ihr Brot so verkaufen, daß der Preis gleichbleibend, während sich das Gewicht veränderte. Wir haben bereits im Laufe des Sommers 1925 darauf hingewiesen, daß dadurch der Wucher geradezu begünstigt worden ist. Der Käufer hatte keine Waage und konnte das getaufte Brot nicht nachwiegen. Während er immer denselben Brotpreis bezahlte, änderte sich das Gewicht des Brotes, so daß eine Täuschung des Käufers leicht möglich und eine Kontrolle durch den Käufer sehr erschwert war. Nach der neuen Gesetzbestimmung können die obersten Landesbehörden anordnen, daß das Brot in Laiben eines bestimmten Gewichts verkauft werden muß; sie können weiter bestimmen, daß die Bäcker Brot, dessen Gewicht vorgeschrieben ist, nur dann verkaufen dürfen, wenn das Gewicht auf dem Brot durch eingedrückt Stempel bezeichnet ist. Die Wichtigkeit der Neuregelung liegt auf der Hand und es ist nur zu bedauern, daß sie nicht früher gekommen ist.

Ebenso wichtig wie die Änderung des § 73 ist die im Artikel IV vorgesehene Wenderung der §§ 81, 96 und 97. Die Wenderung des § 96 verbietet den Anzeigen, Preise, auch Richtpreise, Preisstimmungen und Geschäftsbedin-

gungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben. Bekanntlich sind die überhöhten Preise im Kleinhandel darauf zurückzuführen, daß die Anzeigen unter sich die entsprechenden Preise ausmachen. Uebrig war im großen Ausmaß die sogenannte Verständigung über die Preisermittlung (Kalkulation). Es handelte sich hier um keinen Beschluß der Anzeigen, sondern um eine Empfehlung. Der Wucher wurde nicht offiziell in den Anzeigenvereinigungen betrieben, sondern in der Regel in der Stammtischrunde im vertraulichen Kreise der Interessenten. Das Gesetz ist geeignet, hier Wandel zu schaffen. Darüber hinaus wird den Anzeigen verboten, den gesellschaftlichen Boykott oder Anzeigenordnungsstrafen über solche Mitglieder zu verhängen, die billiger arbeiteten oder lieferten, als die allmähliche Anzeigen und ihr gut bezahlter Oberinventionsmeister vorgeschrieben hatte. Bekanntlich war mit der Verhängung des gesellschaftlichen Boykotts immer die Verhängung einer Lieferperrne verbunden, die für den Betroffenen den wirtschaftlichen Ruin bedeutete. In Zukunft sind diese Anzeigenmaßnahmen nur statthaft, wenn sich der Beklagte des unlauteren Wettbewerbs im Sinne des Gesetzes vom 7. Juni 1909 schuldig gemacht hat.

Ist der Tiefstand der Krise erreicht?

Bei der Beurteilung der Wirtschaftskrise müssen wir uns hüten, die Dinge schlechter zu machen als sie sind. Viel Anzeichen deuten darauf hin, daß die gegenwärtige Krise bei einer gesunderen Entwicklung Platz machen wird. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ äußert sich zu diesem Thema ein ungenannter Großindustrieller in folgender Weise: „Die Dinge liegen durchaus nicht hoffnungslos. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß der tiefste Punkt der Krisenkurve erreicht ist bzw. in Kürze erreicht wird und im Frühjahr wieder eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt. Wenn man fortwährend alles in den dunkelsten Farben darstellt, so wird manches ungünstig sich entwickeln, was an und für sich besser ausfallen könnte. ... Der Kohlenbergbau hat trotz des gewaltigen Kampfes gegen die englische Kohle seine Position in der letzten Zeit behaupten können. ... Einem größeren Konzern ist es in den letzten Monaten gelungen, seine Halbenorräte um 10 000 bis 15 000 Tonnen zu vermindern und infolge der vorgenommenen Rationalisierung war es sogar möglich, wieder Arbeiter einzustellen. Der Durchschnitt der Zechen des Ruhrgebiets wird zurzeit zweifellos besser dastehen als noch vor einigen Monaten. ... Auch in der Eisenindustrie braucht man die Zukunft nicht allzu schwarz zu sehen. Von einer großen Maschinenfabrik zum Beispiel ist bekannt, daß sie noch auf vier Monate voll beschäftigt ist und dieser Fall dürfte nicht ganz so vereinzelt dastehen. Im Eisenbahnmateriale ist die Befestigung der Werte noch recht befriedigend. Auch vom Auslande gehen laufend Aufträge ein, so daß in diesem Erzeugnisse die Beschäftigung etwa 75 bis 80 Proz. der Beteiligungsziffer ausmacht. Hinzuweisen ist auch auf den zunehmenden Personenausrich der Schifffahrt. Es werden heute hier fast wieder soviel Menschen befördert wie vor dem Kriege. Die Reederrien haben aus diesem Geschäft gute Einnahmen und es sind bekanntlich auch schon wieder einige Dampfer in Auftrag gegeben worden. ... Es kann auch kein Zweifel herrschen, daß die Industrie durch die von ihr eingeleitete Rationalisierung ihre Kosten hat senken können. Es sind sogar Zechen vorhanden, die wieder in der Lage sind, Abschreibungen zu verdienen, und das ist doch sicher ein Zeichen des Fortschritts.“

Weltwirtschaft.

Die weltwirtschaftliche Lage am Jahresanfang. Der Winter hat für eine Anzahl von Ländern, deren Wirtschaft sich bereits in einer Krise befand, deren Verschärfung gebracht. Vor allem für Deutschland, wo die Wirtschaftskrise in sprunghafter Steigerung einen außerordentlichen Umfang annahm und die meisten bisher noch verschonten Industriezweige in den Strudel hineingerissen hat, für Polen, wo die Verschlechterung der Wirtschaftslage mit dem verworrenen Zustand der Staatsfinanzen und dem Holzsturz zusammenhängt, und für Oesterreich, wo die Arbeitslosigkeit einen ungewöhnlich hohen Grad erreichte. Die Wirtschaftskrise Dänemarks, verursacht durch die sprunghafte Besserung der dänischen Valuta, dauert

Der Totschläger!

Von St. v. Lipinsti.

D. L. V. Auf den Arm ihrer Schwester gestützt, humpelte die junge Frau des Pferdewärthers Grochalla auf den Hof. Um den einen Fuß hatte sie mehrere Lappen gewickelt. Ein paar Blauschleier waren doch durchgefiert. Nun waren sie an der Pumpe angelangt und machten sich daran, die Lappen abzubinden und den Fuß zu waschen. Vor einer Stunde war sie von dem Strobdienen auf den bereits gelabenen Leiterwagen heruntergestiegen und mit dem rechten Fuß gerade auf die Zinten einer Forke (zweiaktige Heugabel), die der Teufel mochte wissen durch welchen Schul, im Stroh vergraben war. Halb weinerlich, halb zornig, erzählte Frau Grochalla dieses den neugierigen Fragern. Aergertlich war sie ganz besonders deswegen, weil am morgigen Sonntag in dem zwei Stunden entfernten Klein-Wiltzschchen bei ihrem Bruder, der dort herrschaftlicher Rutscher war — ja wohl, herrschaftlicher Rutscher — Kindtaufe sein sollte.

Wie hatte sie sich darauf gefreut, wieder einmal reichlich zu essen und zu trinken. Und — der Bruder war ein guter Ziehharmonikaspieler — da würde auch hübsch getanzt werden. Und nun, jetzt hatte sie ein Loch im Fuß, denn der Zinten war ihr, da sie wie alle Landarbeiterinnen barfuß ging, durch und durch gegangen. Nun würde sie, statt zu tanzen, im Bett liegen. Die Schmerzen? Ach, sie hatte schon anderes ertragen, wenn nur der tolle Brand (Blutergussung) nicht dazu kam. Deshalb war es das beste, zunächst den Fuß hier an der Pumpe zu waschen. In der Stadt, in einer Fabrik, ja, da wäre man in solch einem Falle erst mal verbunden und dann sofort in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Frau Grochalla schauderte vor der bloßen Möglichkeit. Ihre Gedanken nahmen aber gleich eine andere Richtung, als sie von einigen Frauen danach gefragt wurde, wer denn die Forke so verdorrt hatte im Stroh stecken lassen. Ja, wenn sie das nur wüßte, wer das dammlige Luder war.

Die Marzellen und die Frauen hatten noch alle ihre Fortken in Händen, als das Unglück geschah, und die Rannseul ebenfalls. Da, jetzt wußte sie es. Es konnte niemand anders sein als der Bengel, der Johanni, der verdammte Feulerzer. Sonst hatte er die Milch jeden Morgen nach der Meierei zu fahren und allerlei Befehlungen zu erledigen. Da hatte er sicher wieder etwas verbummelt, als er heute von der Arbeit durch einen besonderen Boten nach dem Herrenhaus bestellt wurde. Auf jeden Fall hatte er, als er fertig, keine Fortke mitgenommen, das wußte sie ganz genau, denn sie hatten alle, den kleinen Zwischenfall als willkommene Ruhepause in ihrer schweren und eintönigen Arbeit benutzend, den beiden sich Entfernenden nachgesehen.

Schimpfend humpelte sie in Begleitung der Schwester ihrer Wohnung zu. Festige Mutter Gottes, wie ich es hier aus. Wie fast alle Landarbeiterwohnungen in Ostelbien bestand die Wohnung aus einem Raum, der zugleich als Küche, Schlafzimmer, Wohn- und Wohnzimmer, Kinder- und Badezimmer dienen mußte. Im Zimmer oder auch sonst an kühlen Tagen kam es vor, daß einige trante Gänse oder Enten oder gar ein junges Schweinchen hier logierten. Im Augenblick hatte sich eine nicht unbedeutliche Anzahl von Vertretern der eben genannten federtragenden Bewesen in dem Wohnraum eingefunden, da Tür und Fenster offen waren. Zwei Hühner standen auf dem Tisch und hatten an einer Brotkruste. Einige Gänse machten sich unter den Betten zu schaffen. Der Hahn war auf den Ofen gesessen und schnabuliert am Sauerteigtropf. Sonst war der Ofen der Luftentlastort der Kage, die aber anscheinend vor den ungetriebenen Ästen die Flucht ergriffen hatte. Gemüßig hatte die Clou bildete aber eine schwarze Henne mit ihrer Keilung, die in einem halboffenen Wehbeutel, der auf einem Stuhl stand, saß und, über und über mit welchem Weh befüllt, dreimal rechts, zweimal links austrahend, daß jedesmal große Wehwolken emporkwibbelten, sich immer tiefer und tiefer einbuddelte. Um sie

herum standen einige Enten und Gänse, die dankbar das von der Henne so freigelegte gepöbelte Weh mit den Schnäbeln aufnahmen. Ueberall, wo man hinsah, sah man die Spuren der Verdauungstätigkeit des Federviehs. Inmitten der Stube stand die Biene mit dem zweiährigen Kinde, welches, vergnüglich krähen, seine Freude an diesem Besuch hatte.

„Ihr Teufelsbrut, ihr Satansbraten, daß euch das Donnerwetter holen möchte.“ Mit diesen Worten und mit einem ganzen Haufen ähnlicher Beträten die - belben auch die schwarzen Henne im Wehflad schleuderte, traf nicht diese, sondern Fluch vielmehr über sie hinweg und in ein Heiligensbild hinein, dessen Glas in lauter kleine Stücke zerplittert. Zu Tode erschrocken, suchten die Enten, Gänse und Hühner teils zum Fenster hinaus, teils durch die Tür das Freie zu gewinnen und aus dem verbotenen Paradiese zu entfliehen. Gadernd, krähen, quackend, schnatternd kamen sie aus allen Winkeln heroor. Unter den Betten, aus den Betten, vom Ofen, vom Herde, aus dem Wehflad stoben sie hinaus und ins Freie.

Frau Grochalla nahm das Steine auf, das ihr die Kermchen entgegenstreckte. „Ach, du mein lieber Gott, wie hast du dich betätigt. Komm Gese, nimm du sie ein bisschen auf den Arm, ich werde sie sauber machen. Wo mag man bloß der Franz sein?“

Franz war der sechsährige Bruder, der das Amt hatte, sein kleines Schwesterchen zu beschützen. Der kleine Kerl war aber wieder einmal seines Häuteramtes überdrüssig geworden und war zu seinen Kameraden spielen gegangen. Natürlich hatte er Fenster und Tür aufgeschlossen.

Es war nachts 12 Uhr. Vor einer Stunde hatte Sngay Grochalla die alte Schulze zu seiner Frau holen müssen. Die Schulze war eine Frau, die mehr konnte als Brot essen. Ich nehme natürlich an, daß jedermann weiß, was das bedeutet. Damit aber auch denjenigen, die in diesen

nach am, ja, es entstand auch in Norwegen aus demselben Grund eine schmerzliche Deflationstrife. Aus der Reihe der Krisenländer ist England, das seit Jahren stark in Notleidenschaft gezogen wurde, zwar nicht ausgetreten, — seine Kohlen- und Schwerindustrie liegt immer noch daneben, seine Handelsbilanz hat sich in letzter Zeit noch verschlechtert, und seine Baumwollindustrie erfährt einen Rückschlag, — aber infolge des guten Beschäftigungsgrades der für den inneren Markt produzierenden Industriezweige hat sich, was die Gesamtlage seiner Wirtschaft anbelangt, die Krise abgemildert. Eine erhebliche Verlangsamung der Konjunktur wird aus Italien gemeldet, die mit der geplanten Stabilisierung der Lira voraussichtlich noch weiter andauern, ja unter Umständen in eine Krise umschlagen kann. Noch mehr trifft dies bei Frankreich zu, dessen Wirtschaft sich einfallen noch im Hochgefühl der Hochkonjunktur befindet. Nur die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erfreut sich weiter eines ungehörten Konjunkturablaufes ohne Gefahr eines baldigen Umschwungs.

Die englische Kohlenkrise dauert unvermindert fort. Es hat sich herausgestellt, daß die dem Kohlenbergbau gewährten staatlichen Zuschüsse angesichts der Verluste der Bergwerke riesige Summen ausmachen. Die Kohlenproduktion Frankreichs ging in der letzten Zeit zurück. In der Tschechoslowakei und in Polen besteht die Kohlenkrise noch fort. Für die Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs dagegen dauert die Hochkonjunktur weiter an. Die Erzeugung wie die Ausfuhr erreichten neue Rekordhöhen. Die französischen Ausfuhrpreise liegen erheblich unter den Weltmarktpreisen, ein Zustand, der nach Stabilisierung der Währung unbedingt aufhören und die stark überkapitalisierte französische Eisenwirtschaft vor neue Probleme stellen wird. Die englische Eisenwirtschaft ist bereits im Begriff, die Folgen der Überkapitalisierung zu ziehen und Kapitalumstellungen vorzunehmen. Außerordentlich ungünstig ist weiter die Lage der schwedischen Eisen- und Stahlindustrie. Dort hofft man, durch einen Zusammenschluß der größten Firmen der Krise Herr zu werden.

Um dem triftigsten Zustand der europäischen Wirtschaft abzuhelfen, wäre es notwendig, an Stelle der einseitigen Bestrebungen zur Ausfuhrerhöhung den zwischenstaatlichen Güterausgleich mit allen Mitteln zu fördern und damit den gestörten Zusammenhang in der Weltwirtschaft wieder herzustellen. Einflüssen werden trotzdem immer neue Schutzzölle errichtet. So steht jetzt auch Dänemark im Begriff, seine Wirtschaft durch Schutzzölle zu überwinden, und so hat England in der letzten Zeit eine Anzahl von Waren, wie Weller, Stahlgewand, Gasgürtel, Handschuhe und Badpapier, mit Schutzzöllen belegt. Neuerdings spricht man von der Möglichkeit einer Zollunion zwischen der Tschechoslowakei und Polen, für deren Beurteilung wir jedoch keine sicheren Anhaltspunkte haben.

Der Ausfuhrhandel gestaltete sich in den letzten Monaten des Jahres günstiger für die Getreideländer, die wie Polen, Ungarn, Rumänien größere Mengen Getreide auf den Markt bringen konnten. Dagegen vermochte Rußland die in Aussicht gestellten Getreidemengen nicht zu liefern, weil die Bauern ihre Vorräte in Erwartung von Preissteigerungen zurückhielten. Unter den Industrieländern ergaben sich für Frankreich und für die Tschechoslowakei — beides Länder mit aktiver Handelsbilanz — nicht unerhebliche Einfuhrüberschüsse, die jedoch die Aktivität der Handelsbilanz, für das ganze Jahr berechnet, nicht in Frage stellen. Ungünstig entwickelte sich die englische Handelsbilanz, die bei geringen Einfuhrüberschüssen einen erheblichen Rückgang der Ausfuhr zeigt.

Die Preise für Rohstoffe und Lebensmittel, vor allem für Getreide, zeigten in den letzten Wochen erhebliche Steigerungen. Die Weltmarktpreise für Weizen sind gegenwärtig um etwa 70 Proz. höher als vor dem Krieg und sind damit höher als die Preise für Industrieerzeugnisse (die deutschen Getreidepreise weichen infolge innerdeutscher Ursachen von den Weltmarktpreisen ab und stellen sich erheblich niedriger). Daß trotz guter Bekermite die Preise auf dem Weltmarkt im Steigen begriffen sind, dafür ist neben der in Amerika außerordentlich umfangreichen Spekulation, — die sich in der letzten Zeit auf Weibungen einer angeblich minderwertigen argentinischen Ernte stützte — vor allem die Tätigkeit des kanadischen Weizenpostens verantwortlich zu machen. Diese Organisation, welche fast zwei Drittel der gesamten Ernte auf den Markt bringt, ist in der Lage, durch systematisches Zurückhalten der Vorräte steigend auf die

Preise zu wirken. Trotz ausreichender Baumwollenernte, sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Ägypten und Indien, stiegen in letzter Zeit auch die Baumwollpreise, wahrheitlich handelt es sich nur um Deckungseinfäufe bzw. vorübergehende Preiserschütterungen. Die fürmliche Aufwärtsbewegung der Gummipreise konnte nicht weiter anhalten. Es erfolgten in den letzten Wochen erhebliche Rückschläge. Trotzdem war der Preis für Rohgummi anfangs Januar 1926 immer noch mehr als doppelt so hoch, als ein Jahr zuvor. Angesichts der hohen Preise wird die Einschränkung der Erzeugung bzw. der Ausfuhr auf Grund des Stevenson-Systems ab 1. Februar aufgehoben. Erhöht haben sich auch die Weltmarktpreise für Kaffee und Zucker dagegen zeigten die meisten Metalle, vor allem das Kupfer, eine sinkende Preisentwicklung.

In bezug auf die Valuten soll die bevorstehende Stabilisierung der belgischen und italienischen Währung, für welche bereits große ausländische Anleihen aufgenommen wurden, erwähnt werden. Es fragt sich, ob ihnen auch die Stabilisierung des französischen Franken folgen wird. Eine solche wird von der Legation in London, deren Rohstoffbeschaffung durch die Geldentwertung immer schwieriger wird, bereits befürwortet, dagegen werden diese Absichten durch die Schwerindustrie, welche sich dank der Geldentwertung einer riesigen Ausfuhrkonjunktur erfreut, mit allen Mitteln hintertrieben. Bald wird es sich zeigen, welche Kräfte die mächtigeren sein werden. Einstweilen hat sich der Frankentransit infolge der neuen Finanzvorlagen etwas erholt. Die polnische Valuta zeigt das Bild eines katastrophalen Zusammenbruchs. Sie hat seit dem Sommer fast die Hälfte ihres Wertes eingebüßt.

Die nationale und internationale Organisation der Industrie in Rußlands und Karellen machte weitere Fortschritte. Nationale Vertrustungen im amerikanischen Bankergewerbe und in der Profabrikation und in der luxemburgischen Schwerindustrie zu verzeichnen. Von den Bestrebungen zur Schaffung eines schwedischen Eisenstruffs wurde oben berichtet. Nationale Kartelle wurden geschlossen für die gesamte polnische Kohlenindustrie und jüngst auch für die Eisen- und Stahlindustrie. In der Tschechoslowakei wurde der Entwurf eines Kartellgesetzes, der sich ziemlich eng an die deutsche Kartellverordnung anlehnt, fertiggestellt. Was aber die internationalen Vereinbarungen anbelangt, so war in den letzten Wochen vor allem von einem Zusammenschluß in der Kunstseidenindustrie — es handelt sich um die drei größten Kunstseidenunternehmungen der Welt: Courtauld (englisch-amerikanisch), Glasstoff-Bemberg (deutsch und amerikanisch) und Enia Biscosa (Italien) — in Form eines Kartells, la einigen Vermutungen zufolge eines Trusts, die Rede. Großes Aufsehen erregte der Plan eines Zusammenschlusses des erst zu schaffenden rheinisch-westfälischen Montantrusts (Woblen, Thyssen, Rheinische Union, Rheinisch) mit dem zweitgrößten Eisentrust der Vereinigten Staaten, der Bethlehem-Steel Comp. Die amerikanische Finanzgruppe Dillon, Read and Co. soll dem deutschen Montantrust eine Dolaranleihe gewähren. Diese Geldgruppe ist aber an dem Bethlehem-Trust maßgebend beteiligt. Zurzeit ist noch nicht abzusehen, ob dieser für die ganze Weltwirtschaft folgen schwere Zusammenschluß stattfinden wird. A. H.

Zahnweiche der schwarzeifroten Schriftgießereiarbeiter.

Der „Vaterländische Arbeiterverein“ der Firma Berthold u. Co., Berlin, veranstaltete am 2. Januar 1926 in den „Kontorbläßen“ seine Zahnweiche. Der ganze Berliner Herbar war aufmarschiert. Alle Größen der vaterländischen Arbeiterbewegung waren vertreten. Herr Farrer-Ehrhard hielt die Weisrede, in der er betonte, daß der Wirtschaftsgedanke die Bejahung des wahren Christentums sei. Interessant ist ein Ausschnitt aus der Rede des Bundesvorsitzenden Wilhelm Schmidt, Mitglied des Landtags, der u. a. ausführte: „Gerade ich als Buchdrucker würdige die Zahnweiche besonders, da ich schon in meinen Geseßensjahren auf dem Standpunkt der Wertsgemeinschaft im Buchdruckgewerbe gefanden habe.“ Herr Schmidt, M. d. L., wird leider noch lange warten müssen, bis sich sein Ideal, das ihm schon in seinen Geseßensjahren verschwebte, erfüllen wird. Die Herren Unternehmer werden schon selbst durch Kürzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit usw. dafür sorgen, daß der

Gedanke der Wertsgemeinschaft nicht in die Herzen und Köpfe der Arbeiter Einzug hält. Man scheint in nationalen Arbeiterkreisen zu der Wertsgemeinschaftsidee nicht das richtige Vertrauen zu haben, sonst würde man nicht zu dem Arrangement derartiger Schutzgesetze — denn an ein solches wurde man beim Anblick der vielen Ehrenzungenfrauen mit schwarzweifroten Schärpen, der mit Stahlhelm, Winjacken und Gummihüte ausgerüsteten Werwölfe erinnert — greifen. Es tut uns leid, Herr Buchdrucker Schmidt, daß wir Ihnen noch verpöndlich bei Gründung neuer vaterländischer Arbeitervereine in die Suppe (spuden müssen). Ein Augen- und Ohrenzeuge.

Sparfamkeit am vertehrten Ende.

Die Unternehmer schreien seit langer Zeit über die hohen Ausgaben, die das Reichsarbeitsministerium verursacht. Deshalb hat man ja auch den Vorschlag gemacht, das Reichsarbeitsministerium und das R.M. zusammenzulegen. Trotzdem die Ausgaben des R.M. sicher nicht geringer geworden sind, sind dessen Ausgaben von Jahr zu Jahr gefallen. Dagegen sind aber, unbegreiflicherweise, die Ausgaben für Heer und Marine ganz wesentlich gestiegen. Dies bezeugt nachstehende Berechnung:

Vorschlag für die Jahre	1924	1925	1926
Ausgaben für das Reichswehrministerium insgesamt	456 851 521	672 396 860	665 789 290
Prozent der Gesamtausgaben im Reichshaushalt	7,6	8	8,9
Ausgaben für das Reichsarbeitsministerium insgesamt	494 826 207	554 979 053	397 585 073
Prozent der Gesamtausgaben im Reichshaushalt	8,2	7,8	5,2

Die Ausgaben für den neuen Militarismus gingen in die Höhe und die für die Interessen des arbeitenden Volkes ermäßigten sich. Das ist der Kurs, den die deutschen Rechtsparteien einschlagen bemüht sind. Es ist notwendig, ihnen die Suppe zu verjagen.

Die Organisation der Frauen in England.

Dem Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften, die besonders kürzlich die Einleitung einer großen Kampagne zugunsten der Organisation der Frauen beschlossen haben, folgt nun ein Spezialkomitee des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes, das für die nächsten Wochen ebenfalls einen derartigen Feldzug beschlossen hat. Mit einer großen Konferenz in Manchester soll der Anfang gemacht werden. Auf dieser Tagung, die Richtlinien für die Propagandaarbeit aufstellen und die lokalen Gruppen für eine energiegeladene Arbeit organisieren wird, werden außer allen freigewerkschaftlichen Organisationen, die Frauen zu ihren Mitgliedern zählen, auch andere der Gewerkschaftsbewegung nahestehende Frauenverbände vertreten sein. Sobald das Komitee in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsverband der Propagandaarbeit im Gebiet von Manchester in voller Schwung gebracht hat, wird die Fortsetzung der Bestrebungen den lokalen Organisationen übertragen werden, mit denen das Komitee, das sich dann anderen Gebieten zuwenden hat, in ständiger Fühlungnahme bleiben wird. Im Zusammenhang mit einem Interview über den Zweck und die Wichtigkeit der Kampagne erklärte Walter Gilrine, der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, daß im Britischen Gewerkschaftsbund im Jahre 1915 bei einer Mitgliederzahl von 4 135 000 433 000 Frauen organisiert waren gegen 6 622 000 Mitglieder und 1 004 000 Frauen im Jahre 1921 und 5 531 000 Mitglieder und 811 000 Frauen im Jahre 1924.

Diese Ziffern zeigen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen trotz der großen Mitgliederverluste der letzten 5 Jahre immer noch doppelt so groß ist als vor dem Kriege. Andererseits muß gefagt werden, daß der Rückgang der Frauenmitgliedschaften im Gegensatz zu denjenigen der Männer bis jetzt noch nicht aufgehoben werden konnte. Was die Organisation der Frauen in den einzelnen Industrien betrifft, so geben die „Notes for Speakers“ folgende Prozenzangaben: Landwirtschaft 10 Proz.; Bergbau 37 Proz.; Eisen- und Stahlwerke 7,2 Proz.; Maschinenbau

Moment etwa höhnlich lächeln, das Lachen vergeht, will ich noch gleich hinzufügen, daß die Schulze nicht nur Bleh besprechen konnte, sondern auch tatsächlich manche Mittel in Krankheitsfällen richtig anzuwenden wußte. Natürlich war gegen den Tod kein Kraut gewachsen, darüber waren sich alle einig, und diese Erkenntnis war ein vollwertiger Trost für alle diejenigen, die aus diesem oder jenem Grunde gezwungen waren, die Kunst der alten Frau in Anspruch zu nehmen, zumal der nächste Arzt etwa drei Meilen entfernt wohnte. — Und wer sollte denn auch den Arzt bezahlen?

Also die Schulze saß nun drinnen bei der Frau Grocholla. Matt beleuchtete die Petroleumlampe den armenfellen Hausrat, die zwei alten Bettgestelle mit den voluminösen Bettbezügen, die rotgefärbten Holzstühle, die vielen Heiligenbilder und das große Kiefernschiff an den Wänden, den einfachen Holztisch und den aus festgestampftem Lehm bestehenden Fußboden. Wimmernd wälzte sich Frau Grocholla in ihrem Bette. Die Schulze hatte ihr bereits zum dritten Male den Umschlag auf dem ganz dick geschwollenen Bein erneuert. Von Zeit zu Zeit stöhnte sie der Kranken einen Löffel Brantwein ein.

„So! die Mutter und die Besen“, flüsterte sie dem Manne zu, der unruhig am Tisch saß und jede ihrer Handlungen beobachtete.

„Sieh's denn schlecht um sie?“ fragte der erschrockene. „Wer kann das wissen, wir stehen alle in Gottes Hand, geh man.“

Drei Stunden später war Ignaz mit den übrigen Pferdewärtern bei der ersten Morgenfütterung. Mit seiner Frau stand es sehr schlecht, soviel hatte die Schulze schon zugegeben. Am Schatten seiner tausenden Pferde stand er da, die Hände auf den Hals eines Tieres gestützt, und starrte ins Dunkel. Wenn die alte Schulze es ihm auch nicht gegeben wolle, so erriet er doch, daß tatsächlich der falsche Brand hinzugekommen war, und dagegen gab es kein Mittel.

Angstvoll und verzweifelt grübelte er über Rettungsmöglichkeiten. In der Nacht hatte er in den Stall eilen wollen, um den Doktor aus der Stadt zu holen.

„Jung, du bist ja noch mehr jung klug,“ hatte die Schmiegemutter gefagt, und alle die anderen hatten ihr zugestimmt, „wenn die Schulze nicht die Emilie selbst macht, dann rettet sie der Doktor schon lange nicht.“

Stürz' dich noch ins Unglück, wer soll denn das nachher bezahlen. Der verlangt doch mindestens zwanzig Mark. Rei, nei, son Doktor ist bloß was hier, reiche Zeit, du mit deine zwölf Mark den Monat, wie willst du das gutmachen. Wleichen steht in Gottes Hand wie wir alle. Darum laßt uns noch einmal den Rosenkranz beten.“

Setz' quälten ihn Gewissensbisse, daß er sich hatte unstimmen lassen. Wie, wenn er jetzt noch anstränge und nach der Stadt jagte. Wenn er den Doktor antraf, konnte er in vier bis fünf Stunden hin und zurück sein. Gewiß, die Erkenntnis dazu hatte er nicht, und jetzt am Sonntagmorgen in dieser Heilgottsfröhe zu fragen... Sollte er oder sollte er nicht. Seine Kollegen waren schon alle aus dem Stall und nach Hause gegangen. Bileleicht konnte er seine Frau noch dadurch retten.

Mit einem plötzlichen Einschluß warf er zwei Pferden das Geschirr über und zog die widerstrebenden Tiere aus dem Stall. Neue Zuversicht erfüllte ihn, nun er etwas tun konnte, das Rettung verheißt. Nur rath, rath. —

Insolge der überstürzenden Eile vergriff er sich einige Male beim Befestigen des Geschirrs. Nun endlich, Ungeduld sprang er auf den Wagen, und die Pferde zogen an. „halt, zum Himmelkreuzdonnerwetter, was ist hier los? Wer fährt hier vom Hofe?“

„Jesus, Maria und Josef, der gnädige Herr!“

„Runter vom Wagen, Kerl verflucht, was fällt Ihm ein, hier mit Pferd und Wagen loszufahren, von wem hat Er die Erlaubnis?“

Im ersten Schreck ist Grocholla wie gelähmt, doch da stammt der Trost der Verzweiflung auf.

„Gnädiger Herr, meine Frau ist schwer krank, ich muß den Doktor holen, ich konnte nicht anders — es war noch so früh, da wolle ich den gnädigen Herrn nicht wecken — ich muß jetzt schnell fort!“

Wies vor Wui wird das Gesicht des „gnädigen“ Herrn, das war doch Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung, Rebellion in Reinkultur.

„Hund verflucht, hur! Er nicht so viel mit seinem Weibe, dann würde sie auch nicht krank werden. Runter vom Wagen jetzt, und die Pferde in den Stall!“

Damit folgte der „gnädige“ Herr über den Wagenrand und griff den Knecht ans Hofenbein, um ihn herunterzuzerren.

Was nun geschah, wußte Grocholla später bei der Gerichtsverhandlung nicht mehr genau anzugeben. Jedenfalls plädierte der Staatsanwalt unter Vereinnahmung aller milderen Umstände auf vorbedachten Mord, da die Wagerung, mit der die Tat verübt worden war, schon am Tage vorher von dem Angeklagten auf den Wagen geworfen war und er außerdem unter Beweis stellen könne, daß die Tatsache des früheren geschlechtlichen Verkehrs zwischen der an den Folgen einer Blutvergiftung gestorbenen Frau Grocholla und dem Ermordeten, dem Angeklagten seit längerer Zeit betannt war, und er beantragte daher...

Und welches war das Schicksal Ignaz Grochollas? Er starb im Gefängnis, nachdem er dort bereits vier Jahre zugebracht hatte. Und seine Kinder? Auch darüber besteht Gewißheit. Der ältere ist jetzt bereits sechszehn Jahre alt und geht schon mit als Scharwerker. Der kleinere ist dagegen erst dreizehn und hat demnach noch ein Jahr Schanzel, doch muß er an den Nachmittagen schon tüchtig mitarbeiten. Sie wachsen heran — zu neuen Untertanen, wenn, ja, wenn nicht die kommende Arbeiterbewegung dafür sorgt, daß aus den Untertanen freie Menschen werden.

und Schiffbau 3 Proz.; Baumwollindustrie 62, 4 Proz., Wollindustrie 21,7 Proz., Lederindustrie 7,1 Proz., Schuhindustrie 48,2 Proz., Bekleidungsindustrie 13,8 Proz., Lebens- und Genussmittelindustrie 2 Proz., Druckerei- und Papierindustrie 35,9 Proz., Eisenbahnen 19,5 Proz., Transportgewerbe im allgemeinen 85,7 Proz.

Was die gewerkschaftliche Organisation und im Zusammenhang damit speziell die Erziehung von Lohnnägern den Frauen genügt hat, zeigen folgende Angaben: Vor der Erziehung von Lohnnägern, d. h. vor der gewerkschaftlichen Organisation, schwankten die Löhne der Arbeiterinnen in den bekanntesten Schweißindustrien zwischen 7 und 16 Schilling 7 Pence pro Woche. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Arbeiterinnen verdienten weniger als 10 Schilling pro Woche. In den gleichen Industrien betragen die Löhne heute zwischen 25 bis 35 Schilling, d. h. die gewerkschaftliche Organisation hat die Löhne verdoppelt. Mehrfache Vorteile sind aus dem Gebiete der Arbeitszeit zu verzeichnen. Während diese früher 50 bis 60 Stunden betrug, beträgt sie jetzt 46 bis 48 Stunden pro Woche.

Ein volksfeindlicher Gesetzentwurf.

Von H. Limberg, Essen, M. d. R.

Die furchtbare Not, unter der Millionen Schaffender leiden, die aktuellen politischen Ereignisse lassen es begründlich erscheinen, daß nicht alle Vorgänge auf dem Gebiet der Gesetzgebung diejenige Aufmerksamkeit finden, die wünschenswert wäre. Das gilt auch für das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das jetzt im Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik beraten wird. Vor einigen Jahren ist das Gesetz schon im Reichstag beraten, dann aber nach dem Einspruch des Reichsrats nicht mehr zur Verabschiedung gelangt.

Die Anhänger des vorliegenden Gesetzentwurfes tun so, als ob wir in Deutschland überhaupt keine geschlechtliche Regelung dieser Materie hätten. Das ist durchaus falsch. Die Verordnung der Volksbeauftragten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 11. Dezember 1918 hat Gesetzeskraft. Sie ist allerdings tendenziös und genügt wohl deshalb manchen Leuten nicht. Wenn eine Neuordnung der Materie nötig wäre, dann könnte man an diese Verordnung anknüpfen und sie verbessern, was das mit mancher anderen Verordnung der Volksbeauftragten auch geschehen ist. Gegen Personen, die in Kenntnis ihrer Ansteckungsfähigkeit Geschlechtskrankheiten auf gesunde Personen übertragen, kann man auf Grund der allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen und auf Grund der Verordnung der Volksbeauftragten heute schon einschreiten. Gegen Forderungen, welche den Geschlechtskranken zwingen, sich behandeln zu lassen, ist auch nichts einzuwenden; aber die persönliche Freiheit des Kranken muß dabei garantiert werden, die Bevölkerung darf nicht allgemein unter Sittenkontrolle gestellt und jedem Denunzianten ausgeliefert werden, wie das mit Hilfe dieses Gesetzes geschehen soll.

Die „verlorenen Regierung“ hat dem Reichstag schon öfter, so in den Fragen der Sozialpolitik, Material und Begründungen vorzulegen gewagt, die jeder Vernunft hohnsprachen. Bei diesem Gesetzentwurf ist es nicht anders. Die in der Begründung enthaltenen Nachweisungen über die Häufigkeit der Geschlechtskrankheiten stammen aus dem Jahre 1919! Gibt es wirklich keine neue Statistiken? Ja, es gibt Krankentafeln- und Krankenhausstatisitiken, die sicherlich sehr interessant wären. Wenn man aber weiß, daß in den letzten Jahren die Neuerkrankungen an Haut- und Geschlechtskrankheiten so erheblich zurückgegangen sind, daß ein großer Teil der in Frage kommenden Fachärzte mit Griffzangen zu kämpfen hat, so versteht man, weshalb die Begründung auf solche neueren Zahlen nicht Bezug nimmt. Die Begründung behauptet u. a.:

„Der vorliegende Entwurf deckt sich im wesentlichen mit dem letzten dem Reichstag im Jahre 1922 vorgelegten Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Veränderungen, die von dem Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik bei der Beratung des Gesetzentwurfes in erster und zweiter Lesung angenommen worden sind. Somet in übrigen noch Veränderungen erfolgt sind, ist hierfür die schwierige wirtschaftliche Lage Deutschlands bestimmend gewesen.“

Die Dreistigkeit, mit der diese Behauptung aufgestellt wird, ist geradezu verblüffend. Ich greife nur eine Bestimmung heraus:

In der Ausschussfassung hieß es: „Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten ist nur den für das Deutsche Reich approbierten Ärzten oder unter der verantwortlichen Leitung von Ärzten stehenden Personen gestattet.“

Der neue Entwurf stellt die Fassung des allerersten Entwurfes wieder her:

„Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Organen oder Leiden der Geschlechtsorgane ist nur den für das Deutsche Reich approbierten Ärzten gestattet.“

Der Unterschied springt in die Augen. Nach dem neuen Entwurf werden auch Personen nicht zugelassen, die unter verantwortlicher Leitung von Ärzten stehen. Dann aber, und das ist das ungeheuerliche, werden Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane den Geschlechtskrankheiten gleichgestellt! Aber nicht nur das. Die Bestimmungen des Entwurfes in der vorliegenden Form schließen hervorragend bewährte Heilmethoden fast völlig aus und rauben dem Kranken jede persönliche Freiheit.

Wir haben in unserer ärztlichen Verfassung die Tatsache, daß sie für Krankheitsmittelglieder rein mechanisch, oft in Haft, in Bausch und Bogen ausgeführt wird. Im Drange der ärztlichen Arbeit wird versucht, mit einem rasch verschriebenen Medikament die Krankheit zu heilen, wobei sehr oft nicht geholt, sondern nur die Symptome unterdrückt werden. In der Regel hat der Arzt gar keine Zeit für die individuelle Behandlung, und das ist besonders wichtig bei Frauenleiden, die in Hunderttausenden von Fällen durch innerliche Massagen usw. kuriert worden sind. Mit welchem Recht stellt man solche Krankheiten auf eine Stufe mit den Geschlechtskrankheiten?

Den Geschlechtskranken legt der Entwurf die Behandlungspflicht auf. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dafür Sorge getragen würde, daß diese Pflicht

erfüllt werden könnte unter Wahrung der persönlichen Freiheit. Die Behandlung soll aber nur erfolgen dürfen durch einen approbierten Arzt. Das ist eine unerträgliche Einschränkung der persönlichen Freiheit, weil die verschiedensten seit Jahrzehnten segensreich wirkenden Heilmethoden nicht überall und so viel approbierte Ärzte als Anhänger haben, wie zu wünschen wäre. Auf der andern Seite haben diese Heilmethoden eine Menge Heilthunige zur Verfügung, die von ihren Organisationen streng kontrolliert, in ihren Fachschulen aus- und weitergebildet werden und die vielfach durch jahrelange Praxis Kenntnisse in der Krankenbehandlung erworben haben. Die hinter denen vieler praktischer Ärzte nicht zurückstehen.

Man hat in Preußen den Dentisten eine Anerkennung verschafft, die früher nicht vorhanden war. Man ist gegenwärtig in Preußen dabei, lange tätige Dentisten die Türen zur Hochschule zu öffnen. Warum kann man für einwandfreie, seit langem erfolgreich tätige Heilthunige, für deren Zuverlässigkeit die betreffende Organisation Bürgschaft übernimmt, nicht ähnliche Prüfungen und Möglichkeiten schaffen?

Nach dem Entwurf sollen Personen, die „bringend verdächtig“ sind, geschlechtskrank zu sein, ein Zeugnis über ihren Gesundheitszustand bringen von einem dazu befähigten ermächtigten Arzt. Diese Bestimmung öffnet jeder Denunziation Tür und Tor. Aus irgendeinem Grunde könnte man in Verfolg dieser Bestimmung zwecks sozialer Reinigung jeden Menschen für „bringend verdächtig“ erklären.

Jede anständige Frau, auch wenn sie niemals Geschlechtsverkehr gehabt hat, könnte diesem ehrenrührigen Verfahren unterworfen werden. Sollte war noch als Sterbender „bringend verdächtig“, stichen zu können! Eine Gesetzesbestimmung in dieser Form, ohne Garantie für die persönliche Freiheit, darf nicht Gefeil werden! Mindestens muß gefordert werden, daß in geordnetem Verfahren dem „Verdächtigen“ die wirklichen Einzeltatsachen genau und ausführlich mitgeteilt werden, die den angeblich bringenden Verdacht begründen.

Personen, die geschlechtskrank sind und „verdächtig“ erscheinen, die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, sollen einer Zwangsbehandlung unterworfen werden können. An sich wäre nichts gegen Vorschriften einzuwenden, die geschlechtskranken Personen zwingen, sich behandeln zu lassen. Auch Bestrafung bei Nichtbehandlung wäre zu rechtfertigen. Aber das „bringend Verdächtige“ ist schon eine böse Sache. Es überträgt gewissermaßen die Sittenkontrolle der Prostituierten auf die gesamte Bevölkerung. Bisher konnte solchen entehrenden Zwangsmassnahmen keine Frau unterworfen werden, die nicht nachweislich gegen Bezahlung mit vielen Männern verkehrte. In Zukunft kann jede Frau als „bringend verdächtig“ benannt werden. Schlimmer noch ist die Zwangsbehandlung, wie der Entwurf sie vorseht. Er sagt zwar, daß ärztliche Eingriffe, die mit einer ersten Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden sind, nur mit Einwilligung der Kranken vorgenommen werden dürfen. Wenn man aber die Kranken zwangsweise nur den approbierten Ärzten zuweist, liefert man sie in der Mehrzahl der Fälle der Salvarsanbehandlung umstritten ist. Es wäre schon längst Pflicht der Regierung gewesen, durch eine gründliche Statistik zur Aufhebung der Frage beizutragen, welchen Wert oder welche Gefahr Salvarsan und ähnliche Mittel haben.

Aus einer Eingabe der deutschen Gesellschaft für Medizinpolitik erfährt man, daß allein in der medizinischen Literatur über Schädigungen durch Salvarsan berichtet wurde, bei denen 294 Todesfälle als im Zusammenhang mit Salvarsanbehandlung stehend angenommen wurden, während bei 382 Fällen der Zusammenhang als möglich erachtet wurde. Schädigungen innerer Organe wurden in 798 Fällen als im Zusammenhang mit Salvarsanbehandlung stehend betrachtet, während in 898 Fällen der Zusammenhang als möglich betrachtet wurde.

Bei Gehirn- und Nervenkrankungen wurde in 311 Fällen der Zusammenhang angenommen, in 395 Fällen als möglich erachtet. Diese Zahlen umfassen natürlich nur einen ganz kleinen Teil der in Betracht kommenden Fälle, da sie lediglich nach den ärztlichen Angaben in der medizinischen Literatur zusammengestellt sind; aber sie zeigen deutlich, daß der Kranke das Recht haben muß, diese Behandlung abzulehnen.

Dafür gibt der Gesetzentwurf aber nicht die geringste Garantie. Das Gesetz muß deshalb eine Bestimmung erhalten, welche den Kranken vor dieser Behandlung schützt, wenn er sie als einen gefährlichen Eingriff betrachtet.

Unsere Ärzteschaft ist zum größten Teil, wenn auch unbewußt, abhängig von dem modernen chemischen Großbetrieb, der ihr alle möglichen giftigen oder ungiftigen Medikamente in praktischer Packung zur Verfügung stellt und durch Reklamekampagnen suggerierend für oft fragwürdige Fabrikate wirbt. Wirtschaftliche Interessen sind vielfach ausschlaggebend für die Einstellung des Menschen zu bestimmten Fragen, wenn auch oft unbewußt. Das kann auch bei unseren Ärzten nicht anders sein, solange ihre Kunst als Gewerbe betrieben wird, solange die Heilkunst nicht sozialisiert ist, solange der Arzt nicht nach dem Gesundheitszustand der ihm unterstellten Bevölkerungsteile, statt nach ihrer Krankheit bezahlt wird. Solche einseitigen wirtschaftlichen Interessen des Arztesstandes spielen bei diesem Gesetzentwurf eine große Rolle. Das ist aber unerträglich, wenn damit eine so schwere Bedrohung der persönlichen Freiheit verbunden ist wie in diesem Gesetzentwurf. Denunziation, einseitig interessierte Ärzte und Polizisten in traurigem Verein sind keine Förderer der Volksgesundheit! Es erscheint deshalb notwendig, daß die arbeitende Bevölkerung sich um diesen ganz tendenziösen im Sinne einseitiger Schulmedizin eingestellten Gesetzentwurf kümmert und ihre Proteste dem Reichstag zufließt.

Rundschau.

Jugend und Gewerkschaften. Treffliche Ausführungen zu diesem brennenden Thema finden wir am Schluß eines Leitartikels in Nr. 2 des „Korrespondent“. Dort lesen wir: „Jugendliche sind Verdorbene. Das Beste, was wir ihnen tun können, ist, den Jungen begreiflich zu machen, daß unsere Bewegung infolge ihrer geistigen Einstellung und ihrer Arbeit ihnen am besten dazu verhilft, ganze Menschen zu werden. Wenn die Jugend heute selbstbewußter auftritt als früher dies der Fall war, so ist das von gewerkschaftlichen

Standpunkt aus begrüßenswert. Wir müssen es nur verstehen, der Jugend die Mitarbeit im Organisationsleben durch unser Vorbild zu etwas Begreiflichem zu machen. An dem Heranwachsen einer im gewerkschaftlichen Bunde erwachsenen Jugend sollte jeder Verbandskollege lebhaftes Interesse betunden. Vieles von dem, was in der Zukunft noch von unserer Organisation geleistet werden muß, ist undenkbar ohne begeisterungsvolle Hingabe der Mitglieder, alter wie junger, ohne die Kraft der gewerkschaftlichen Ueberzeugung, die Zweifel und Müdigkeit begewinnt. Forti deshalb mit Keimmut und Teilnahmefähigkeit, in Reih und Glied gestellt zum Alltagskampf für das Ganze!

Stechbriefe für Arbeiter.

Es ist manchmal haarträubend, um welche Dinge sich Unternehmer kümmern, die sie bestimmt nichts angehen. So wird uns aus einer größeren Druckerei in einer mittleren Provinzialstadt berichtet, daß jeder Arbeiter am Tage nach seinem Eintritt alle möglichen und darunter ganz unzulässige Fragen beantworten muß. Außer den üblichen Angaben nach Namen, Alter usw., die jeder Unternehmer aus der Invalidentanten erfahren kann, wird Auskunft verlangt, ob er organisiert ist, welcher Konfession er angehört, wo er zuletzt gearbeitet und warum er diese Stellung verlassen hat. Alles wird fein säuberlich in eine Registerkarte eingetragen. In der sich noch Rubriken für verschiedene andere Momente befinden, z. B. wann und unter welchen Bedingungen der Arbeiter eingestellt worden ist, warum und wann er gekündigt und entlassen wurde. Auch sonst nimmt man in diesem Betrieb alles haarfarrig; beim dem geringsten Versehen wird das Personal nach Kafersmannart angechnauzt, dabei wird zwischen älteren langjährig beschäftigten oder jüngeren Arbeitern kein Unterschied gemacht. Wer das Recht gehabt hat, etwa einen kleinen Materialschaden anzurichten, muß dafür aufkommen, passiert ihm das Wahrheit zum zweiten Male, fliegt er. Wir fragen uns, warum läßt sich das Personal die ganz unzulässige Schnüffelerei der Firma gefallen und warum lehnen sich die Arbeiter gegen eine unwürdige Behandlungsart nicht auf? Die Firma hat gar kein Recht, etwa nach der Organisationszugehörigkeit zu fragen. Gibt es denn dort keinen Betriebsrat?

Literatur.

Kulturzeitschrift. Die erste Nummer des neuen Jahresheftes ist der Frau gewidmet. Obwohl die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Frau fordert, ist in der Arbeiterwelt heute noch die Ansicht vorherrschend, daß die Frau ihren Platz nur in der Küche und in der Wäsche hat. Mit diesem Einmale hat sich Frau Ober in einem lässigen Artikel auseinandergesetzt. Der Kulturzeitschrift ist die beste Bildungszeitschrift der deutschen Arbeiterarbeit. Ein Jahresabonnement kostet nur 2,40 Mk., die Einzelnummer 30 Pf.

Kurt Seing. Die Sozialisten. 2. Aufl. 1925. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk.

Das Kalendertagebuch der Arbeit hat 1926 in der geschmackvollen roten Gestaltung erschienen. Das handliche Format, der hübsche und doch sehr haltbare Einband wird den Freunden des Arbeiterkalenders besonders erwünscht sein. Das Kalendertagebuch ist mit großen Schreibflächen ausgestattet, bietet also reichlich Gelegenheit für Notizen und Bemerkungen. Mit besonderer Sorgfalt ist der rechnerische Teil des Kalenders bearbeitet. Die Einträge sind in einer übersichtlichen, handlichen, gut lesbaren Schrift gedruckt. Die Arbeiterkalendertagebuch ist in überaus großer Auflage erschienen. Das Kalendertagebuch der Arbeit kostet nur 1,25 Mk. und ist in jeder Volksbuchhandlung oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, zu beziehen.

Sozialistische Reformen. Heft 1. Die erste Nummer des Heftes ist der Sozialistischen Reformen gewidmet. Das Heft enthält 25 Artikel von 25 Autoren. Die Artikel sind in 5 Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe enthält die Artikel: „Die Reformen“, „Die Reformen“, „Die Reformen“, „Die Reformen“, „Die Reformen“.

Die „Frauenwelt“ bringt in ihrer Nr. 2 einen Aufsatz von Senja Schumacher über „Gemeinschaft“, der entzückend gelungen ist. Neben der freistehenden der Arbeiter auf Lebenszeit und damit gegen die Rechte der Frauen ist eine Unmöglichkeit. Der Aufsatz ist in der Form: die Schule nach soziologischen, pädagogischen, ethischen, ästhetischen, also den Kindern freie Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, so daß jedes Kind seinen Fähigkeiten, Neigungen und Begabungen entsprechend den „Reinen Reinen“ aus sich herausfinden kann. Neben dem Namen „Der Arbeiter“ von Frau Selinger ist nach besonders der reich illustrierte Beitrag „Odbodnos“ hervorzuheben, der die vorbildliche Arbeit der Arbeiter-Organisation, die in ihrer Zeitschrift für Odbodnos aufweist. Die Zeitschrift „Arbeiter“ wird den Arbeiterinnen wieder große Freude machen, und die Lebenshilfe der Arbeiterinnen ist unsern Frauen nicht mehr fremd. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 Pf., mit Schnittmulden 20 Pf. mehr und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämter oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die „Gewerkschaft“, die vom Genossen Rudolf Selberling herausgegebene internationale Zeitschrift für Sozialismus und Politik, bringt in ihrer Januar-Nummer wieder reiches politisches und wissenschaftliches Material. Neben dem Aufsatz von Frau Selinger ist nach besonders der reich illustrierte Beitrag „Odbodnos“ hervorzuheben, der die vorbildliche Arbeit der Arbeiter-Organisation, die in ihrer Zeitschrift für Odbodnos aufweist. Die Zeitschrift „Arbeiter“ wird den Arbeiterinnen wieder große Freude machen, und die Lebenshilfe der Arbeiterinnen ist unsern Frauen nicht mehr fremd. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 Pf., mit Schnittmulden 20 Pf. mehr und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämter oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Briefkasten.

W. M. in Mainz. Die drei Anzeigen kosten 6 Mk., 5 Mk. und zweifelhafte, also noch 1 Mk. Restschuld.

Abrechnungen.

In der Woche vom 11. bis 16. Januar gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:
Gau 8a: Magdeburg 500 Mk.
Gau 9: Bielefeld 900 Mk.
Gau 10: Wismar 622,75 Mk.
Berlin, den 16. Januar 1926. S. Lodacl.

Für die Woche vom 24. bis 30. Januar ist die Beitragsmiete in das mit 4 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu fleben.

Unserem werthen Kollegen Hugo Rathemacher und seiner lieben Frau, Fräulein Maria Geier zur bevorstehenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegenchaft der Zahlstelle Mainz.

Zur Vermählung unserer Kollegin Grete Hoeling nebst ihrem werthen Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Zahlstelle Bremen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulz, Charlottenburg, Reichstraße 18. Fernr.-S. Amt-Wendeb. 1928. Verlag: S. Lodacl., Charlottenburg. — Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.